

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kai Jan Krainer

Genossinnen und Genossen

betreffend sozial- und verteilungsgerechte Steuerreform

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 4) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) samt Anlagen (1157 d.B.), zur Untergliederung 16

Begründung

Das von der ÖVP/Grüne-Bundesregierung vorgelegte Budget für 2022 ist enttäuschend und eine vergebene Chance. Es enthält keine Investitionen, um den Pflegenotstand und den Klimawandel zu bekämpfen oder die Teuerung zu bremsen. Die Steuerreform, als wesentlicher Teil des Budgets, ist sozial ungerecht und verteilungspolitisch ungerecht. Gutverdiener profitieren am meisten von Steuerreform und Familienbonus. Die arbeitenden Menschen zahlen sich diese Steuerreform selbst und finanzieren auch noch das steuerliche Milliarden Geschenk an die Großkonzerne durch die Senkung der Körperschaftsteuer. Bis zum Jahr 2025 werden die Löhne- und Gehälter voraussichtlich um 22% steigen, die Arbeitnehmer*innen aber, trotz der Tarifsenkung, 29% mehr Lohnsteuer zahlen als heute. Die Gewinne der Konzerne steigen voraussichtlich um 25%, also stärker als die Gehaltssumme, die Unternehmen und Konzerne werden aber durch die Senkung der Körperschaftsteuer nur 4% mehr Gewinnsteuern zahlen müssen. Das ist ungerecht!

Die ÖVP/Grüne-Bundesregierung hat auch völlig auf die Finanzierung der Krisenkosten, die in die Milliarden gehen, vergessen. Außer: die arbeitenden Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zahlen die Krise doppelt, weil die Steuersenkung bei Ihnen nicht so groß ausfällt wie bei den Unternehmen.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, und insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehebaldig ein Gesetzespaket für eine sozial gerechte und verteilungsgerechte Steuerreform 2022 vorzulegen. Die beabsichtigte Senkung der Körperschaftsteuer muss zurückgenommen werden. Stattdessen sollen die Arbeitnehmer*innen in den unteren und mittleren Einkommensbereichen eine viel höhere Senkung der Lohnsteuer (Sozialversicherungsbonus) erhalten. Zur Finanzierung der Krisenkosten sollen Reiche, Spitzenverdiener und Konzerne durch einen unbefristeten Spitzensteuersatz, Millionärssteuern und eine 10%ige Solidarabgabe für Online-Konzerne zur Kasse gebeten werden.“

Adm. ins. - Hoesel
(HEINISCH-HOESER)




(KERNER)


(KURZER)


(HÖRNER)

www.parlament.gv.at

